

Für die Bundeskonferenz der ASG am 25./26. Januar 2013

(ist auch Beschluss des Parteitags der SPD Berlin vom 27.10.2012)

Antrag der ASG Berlin (Beschlossen am 14.11.2012)

Pflege aufwerten – mehr Gehalt für Pflegepersonal!

Die ASG-Bundeskonferenz möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Seit Jahren wird postuliert, wie wichtig qualitätssichernde und patientenorientierte Pflege sei und dass diese aufgewertet werden solle. Tatsächlich bilden die Einkommen der professionellen Pflegerinnen und Pfleger deren hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Daher werden wir dafür sorgen, dass die Ausbildungsvergütung und die Gehälter in der Pflege erheblich angehoben werden:

1. In der nächsten Regierungsverantwortung im Bund wird sich die SPD dafür einsetzen, dass ein zielgenaues Programm zur dauerhaften Anhebung der Ausbildungsvergütungen und der Gehälter der Pflegenden um 30 % führt.
2. Die SPD wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass Schülerinnen und Schüler in der Pflegeausbildung kein Schulgeld bezahlen müssen.
3. Zur Finanzierung werden die Beitragssätze in der sozialen Pflegeversicherung und in der gesetzlichen Krankenversicherung angepasst.
4. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Mehrmittel ausschließlich in höhere Gehälter der Pflegenden fließen.

Begründung:

Fachkräfte müssen Anerkennung insbesondere auch durch eine angemessene Vergütung erfahren. Das hohe Maß an Verantwortung, der individuelle Einsatz und die Leistungsbereitschaft von Mitarbeitenden ist viel wert. In der Öffentlichkeit wird dies nur zum Teil wahrgenommen, deshalb ist es dringend erforderlich, das Ansehen des Berufes aufzuwerten. Das Lohnniveau ist ein entscheidender Faktor für die Attraktivität und den gesellschaftlichen Stellenwert eines Berufsbildes.

Zudem müssen Beschäftigte von der Vergütung ihr Leben bestreiten können, ohne auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sein zu müssen - gerade auch im Rentenalter.

Engagierte und qualifizierte Mitarbeitende sind die Grundvoraussetzung zur Sicherung pflegerischer Qualität. Um auch eine entsprechende Entlohnung der Mitarbeitenden sicherstellen zu können, die dem gerecht wird, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert werden.

Perspektivisch wird dies auch einen Ansatzpunkt bilden, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Der Bedarf an Pflegekräften wird in den kommenden Jahren bzw. Jahrzehnten weiter stark ansteigen.

Gemäß einer Studie des WSI in der HHans-Böcker-Stiftung vom Juli 2012 beträgt das Bruttomonatseinkommen in Pflegeberufen ohne Sonderzahlungen auf Basis einer 38-Stunden-Woche durchschnittlich 2.360 Euro. Am besten bezahlt werden Operationsschwestern und -pfleger mit 3.066 Euro, am geringsten fällt das Monatseinkommen der Helfer/innen in der Krankenpflege mit 1.828 Euro aus.

Beschäftigte in Pflegeberufen profitieren stark von der Tarifbindung. In Betrieben, für die ein Tarifvertrag gilt, liegt ihr Monatseinkommen mit durchschnittlich 2.597 Euro knapp 19 % über dem Gehalt ihrer Kolleginnen und Kollegen in nicht tarifgebundenen Betrieben mit 2.118 Euro.

2010 waren gemäß Statistischem Bundesamt (Gesundheitspersonalrechnung 2012) im deutschen Gesundheitswesen rund 269.000 Gesundheits- und KrankenpflegehelferInnen, 827.000 Gesundheits- und KrankenpflegerInnen sowie rund 405.000 AltenpflegerInnen beschäftigt.